



Politik

## Ein Mann will nach oben

### Achim Post organisiert die Wahlkampagne für EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD)

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

Berlin. Heute wird in Brüssel Martin Schulz (57) als Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SEP) für die Europawahl am 25. Mai 2014 ausgerufen. Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Achim Post aus Minden bedeutet diese Nachricht viel Arbeit. Denn Post ist Generalsekretär der SEP. In dieser Funktion organisiert er den Wahlkampf, der so spannend werden dürfte wie nie zuvor.

Erstmals gibt es einen gemeinsamen Spitzenkandidaten. 21 sozialdemokratische und sozialistische Parteien unterstützen Schulz, darunter sind die Regierungsparteien von Frankreich, Österreich, Irland, Belgien und der Slowakei. Es gibt auch nur ein einziges Wahlprogramm, das nach den Vorstellungen von Achim Post „ganz kurz ausfallen soll, mit zehn wichtigen Punkten. Das reicht.“ Knackpunkte seien dabei die Sozial- und die Industriepolitik, so Post. Und Martin Schulz will tatsächlich durch alle 28 EU-Länder tingeln, von Finnland bis nach Portugal. Post freut sich auf diesen Wahlkampf, auch wenn die Auseinandersetzung hart werden dürfte. Denn anders als Deutschland befinden sich etliche europäische Staaten mitten in der Krise. Überall versuchen Rechtspopulisten, Kapital aus der aufgeheizten Stimmung zu schlagen. In Frankreich könnte der Front National von Marine Le Pen sogar zur stärksten Partei gewählt werden, befürchtet Achim Post.

Martin Schulz will nicht nur politisch gegensteuern, er möchte auch die Nachfolge des Christdemokraten José Manuel Barroso antreten und EU-Kommissionspräsident werden. Bisher wurde der Chef der EU-Kommission allein von den Regierungschefs ernannt. Doch der Lissabonner Vertrag hat dem Parlament mehr Gewicht verliehen. Sollte es Schulz gelingen, ein Bündnis aus Sozialisten, Grünen und Liberalen im Straßburger Parlament zu schmieden, käme wohl niemand an ihm vorbei. Nach den Regelungen des Lissabon-Vertrags sollen die Regierungschefs den Kommissions-Chef „im Lichte der Ergebnisse“ der Europawahl bestimmen.

Im EU-Parlament bilden bisher die Christdemokraten und Konservativen (EVP) die stärkste Fraktion. Auf einen gemeinsamen Spitzenkandidaten wollen sie sich erst Anfang März einigen. Als mögliche Kandidaten werden Luxemburgs Expremier Jean-Claude Juncker, Polens Regierungschef Donald Tusk und Irlands Ministerpräsident Enda Kenny genannt.

Schulz braucht für seinen Traumjob die Unterstützung von Angela Merkel. Der Mann aus Würselen bei Aachen teilt viele Grundpositionen der Bundeskanzlerin. Schulz hätte nichts dagegen, wenn die EU-Kommission mehr Kompetenzen bekäme, um zum Beispiel Regelverstöße der Mitgliedsländer wirksamer zu ahnden. Gleichzeitig ist er aber auch der Ansicht, dass Brüssel die Kunst der Beschränkung lernen muss. „Wie Deutschland sein Sparkassenwesen oder die Wasserwirtschaft organisiert, geht Brüssel gar nichts an“, gibt Post die Position von Schulz wieder. Angeblich soll die berufliche Zukunft des Aacheners auch in die Verhandlungsmasse bei den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen in Berlin Eingang finden – natürlich erst ganz zum Schluss und nur im ganz kleinen Kreis.

Ob der Sozialdemokrat Martin Schulz der nächste EU-Kommissionspräsident wird, hängt vom Ergebnis der Europawahl ab – aber auch von den Verhandlungen zur Koalitionsbildung in Berlin.